

# Der Humanistische Verband zwischen Kirchenkritik und Kirchenimitation

---

## Sozialkonzern mit Stabsstelle Weltanschauung

Norbert Zonker

### In aller Kürze ...

- › Im Januar 2018 erhielt der Humanistische Verband Berlin-Brandenburg in Berlin den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts. Der Verband ist gut mit Politikern aus der SPD, aus dem Spektrum der Grünen, der Linken und der FDP vernetzt.
- › Nach der Neuausrichtung in den 80er-Jahren galt die Aufmerksamkeit der Etablierung eines Lebenskundeunterrichts analog zum christlichen Religionsunterricht, der in Berlin nicht verpflichtend ist. 2017 erreichte er 18,1% der Schüler und Schülerinnen (ev. Religionsunterricht 22,1%, kath. 6,9% und muslimisch 1,5%).
- › Durch die Wiedervereinigung ergab sich die Möglichkeit, Träger von sozialen und pädagogischen Angeboten zu werden. Die Finanzierung des Haushalts geht weitgehend auf öffentliche Zuwendungen zurück, da es wenig zahlende Mitglieder gibt. Der größte Teil der Mitglieder kommt aus dem beitragsfreien Jugendverband, der sich vor allem aus Absolventen der Bildungsangebote zusammensetzt.
- › Das Selbstverständnis des Humanistischen Verbandes schwankt zwischen Kirchenkritik und Erlangung kirchenähnlicher Rechte. Inhaltlich angestrebt wird ein weltlicher Humanismus mit ethischer Orientierung.

In der „säkularen“ Szene Deutschlands nimmt der Humanistische Verband Berlin-Brandenburg als Teil des Humanistischen Verbandes Deutschlands (HVD) seit Jahren eine Sonderrolle ein. Während sich andere Organisationen wie der „Internationale Bund der Konfessionslosen und Atheisten“ oder die „Giordano-Bruno-Stiftung“ auf dem traditionellen Feld der Religions- und Kirchenkritik tummeln und dabei eine überschaubare Zahl von Anhängern ansprechen, hat sich der Humanistische Verband in Berlin und Brandenburg zu einem Sozialkonzern mit beachtlicher Reichweite entwickelt. Er kritisiert zwar auch die „Privilegien“ der Kirchen, dies aber vor allem deshalb, um für sich selbst eine Gleichbehandlung einzufordern.<sup>1</sup>

„Mit seinem sozialen und pädagogischen Engagement in Berlin und Brandenburg“, so der Verband in seiner Pressemitteilung zur Vorstellung seines jüngsten Geschäftsberichts<sup>2</sup>, habe er „im Jahr 2017 über 300.000 Menschen erreicht. Die Angebote des Verbandes waren sehr stark nachgefragt, eine gute Voraussetzung für weiteres Wachstum.“ Die Erlöse stiegen demnach auf rund 61,7 Millionen Euro (2016: 60,4 Millionen Euro) bei Aufwendungen von 59,5 Millionen Euro (2016: 58,4 Millionen Euro). Mit 1.282 Beschäftigten gehört der Humanistische Verband Berlin-Brandenburg nach eigenen Angaben, gemessen an der Mitarbeiterzahl, zu den 100 größten Berliner Unternehmen. Er betreibt 26 Kindertagesstätten sowie rund 20 Sozialeinrichtungen, hinzu kommen Jugend- und Bildungsangebote. Zum Jahresbeginn erhielt der Verband als erste Weltanschauungsgemeinschaft in der Hauptstadt den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts. Dies dürfte einem weiteren Wachstum dienlich sein. Im Geschäftsjahr 2017 erhielt er auch „erstmals eine relevante Förderung durch das Land Brandenburg“. Auch dort wird eine Anerkennung als öffentlich-rechtliche Körperschaft angestrebt. Bereits anerkannt sind die Landesbände des Humanistischen Verbandes in Bayern, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen.

Als sich der damalige „Deutsche Freidenkerverband“ in Westberlin Anfang der 1980er-Jahre neu ausrichtete, war eine solche Entwicklung nicht einmal in Ansätzen absehbar. Ohne die politischen Rahmenbedingungen in der damals noch geteilten Stadt und vor allem ohne die Wiedervereinigung wäre sie nicht möglich gewesen. Anders als der gleichnamige Verband in Westdeutschland gehörten die Westberliner Freidenker nicht zum Umfeld der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), sondern zum alteingesessenen sozialdemokratischen Milieu, wie etwa der Jugendverband „Die Falken“. Von den „Falken“ kam 1983 auch der neue Geschäftsführer Manfred Isemeyer. Er entwickelte die Vorstellung, dass es neben der traditionellen „Jugendweihe“ – später umbenannt in „Jugendfeier“ – weitere Dienstleistungsangebote geben müsse, um den Verband aus seiner Stagnation herauszuführen.<sup>3</sup>

Das erste Projekt war die Wiederbelebung des „Lebenskunde“-Unterrichts an den Berliner Schulen, den es in den 1950er-Jahren bereits gegeben hatte. Anders als in den westdeutschen Bundesländern war in Westberlin (und ist es bis heute im Land Berlin) der Religionsunterricht kein ordentliches Lehrfach, sondern ein freiwilliges Angebot der Kirchen; ebenso konnten Weltanschauungsgemeinschaften entsprechende Angebote machen. Die damalige Schulsenatorin Hanna-Renate Laurien (CDU) genehmigte 1983 einen Modellversuch und anschließend den Regelbetrieb – gemäß ihrer Überzeugung, dass nicht die „Eisdiele“ die einzige Alternative zum Religionsunterricht sein dürfe. Die engagierte Katholikin ging wohl davon aus, dass vor allem die Kinder von Verbandsmitgliedern die Zielgruppe bilden würden. Sie sah nicht voraus, dass ein Großteil aller Nichtreligiösen in den „Lebenskunde“-Unterricht integriert werden würde. Bis heute ist längst nicht allen Eltern klar, dass das Fach nicht einem staatlichen Neutralitätsgebot verpflichtet ist, sondern einer bestimmten Weltanschauung entstammt. Bis 2017 konnte der Verband die Teilnehmerzahl auf 63.493 (18,1 Prozent aller Schüler) steigern; zum Vergleich: den evangelischen

Religionsunterricht besuchten 77.635 Schülerinnen und Schüler (22,1 Prozent), den katholischen Unterricht 24.178 (6,9 Prozent) und den islamischen Religionsunterricht 5.401 (1,5 Prozent) Schülerinnen und Schüler. Zusätzlich werden 2.400 Schüler an 40 Schulen in Brandenburg unterrichtet.

Mit der Wiedervereinigung eröffneten sich unerwartete Möglichkeiten. Da es im Ostteil Berlins keine freien Wohlfahrtsverbände gab, wurden neue Träger für zahlreiche Einrichtungen gesucht: Kindertagesstätten, Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen, Sozialstationen. In der weitgehend konfessionslosen Bevölkerung gab es hierfür genug Nachfrage. Mit der Umbenennung in „Humanistischer Verband Deutschlands“ 1993 und dem gleichzeitigen Zusammenschluss mit anderen Organisationen machte der Verband sowohl seinen bundesweiten Anspruch deutlich wie auch, dass er ein neues Kapitel aufschlagen wollte. Wegen des neuen Namens wird er bis heute immer wieder mit der Humanistischen Union verwechselt, einer 1961 gegründeten Bürgerrechtsvereinigung, die zwar religionspolitisch/kirchenkritisch ähnlich ausgerichtet ist, aber ansonsten andere Schwerpunkte setzt.

Nicht mit dem wirtschaftlichen Erfolg Schritt halten konnte die Mitgliederentwicklung. Der erste Antrag auf Erlangung des Körperschaftsstatus 1996 hatte keinen Erfolg, da die Grenze von einem Promille der Bevölkerung „nicht ansatzweise erreicht“ wurde, wie es in der Begründung der Ablehnung hieß. Damals hatte der Verband nach eigenen Angaben 3.206 Mitglieder, davon 533 „ordentliche“, 262 „fördernde“ und 2.411 „betreute Mitglieder“. Letztere waren Teilnehmer an den jährlichen „Jugendfeiern“ der 14-Jährigen, die bis zur Volljährigkeit beitragsfrei und mit eingeschränkten Rechten dem Verband angehören konnten. Gut 20 Jahre später gibt der Humanistische Verband Berlin-Brandenburg an, 13.199 Mitglieder zu haben und damit die Grenze von einem Promille zu überschreiten (bei rund 6 Millionen Einwohnern in den beiden Bundesländern – von denen zwischen 4 und 4,5 Millionen konfessionslos sind – wären das 6.000). Das Wachstum betrifft bei genauerer Betrachtung allerdings vor allem den Jugendverband „Junge Humanist\_innen (JuHus)“, der als nicht rechtsfähiger Verein zum Humanistischen Verband Deutschland gehört. Streng genommen ist der Humanistische Verband angesichts dieser Verteilung also ein Jugendverband mit angeschlossener „Seniorenabteilung“.

Dies bestätigt ein Blick auf die Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen. Der Finanzbericht 2017 weist „Mitglieds- und Förderbeiträge“ in Höhe von rund 205.000 Euro aus. Pro Mitglied entspricht dies einem Jahresbeitrag von ca. 15 Euro. Die Beitragsordnung sieht einen Mindestbeitrag für natürliche Personen von fünf Euro pro Monat vor, der empfohlene Regelbeitrag beträgt 0,5 Prozent des Nettoeinkommens. Mitglieder ohne Einkommen sollen einen symbolischen Beitrag von einem Euro monatlich entrichten, Jugendliche bis 18 Jahre, Auszubildende, Studenten und Teilnehmer an Freiwilligendiensten sind beitragsfrei. Legt man den Mindestbeitrag zugrunde, käme die Jahressumme von 205.000 Euro bei gut 3.400 zahlenden Mitgliedern zusammen. (Bei einem Beitrag von 250 Euro jährlich, wie ihn der durchschnittliche Kirchensteuerzahler aufbringt, würden dafür 820 Mitglieder reichen.) Somit zahlen die meisten Mitglieder entweder gar keinen oder nur den symbolischen Beitrag. Im Verhältnis zur Geschäftstätigkeit des Verbands ist das Beitragsaufkommen jedenfalls marginal. Es macht gerade einmal 0,3 Prozent des Gesamtumsatzes von 60 Millionen Euro aus. Zum Vergleich: Die 20 Gliedkirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland erzielen mehr als 50 Prozent ihrer Gesamteinnahmen von mehr als zehn Milliarden Euro aus der Kirchensteuer, also aus Mitgliedsbeiträgen. Bei den Humanisten kommen hingegen mehr als 78 Prozent der Erträge aus öffentlichen Zuwendungen.<sup>4</sup> Aus Spenden und Erbschaften kamen 2017 mehr als 2,3 Millionen Euro zusammen.

Für die Frage der Anerkennung als Körperschaft des öffentlichen Rechts scheint der Nachweis der Mitgliederzahl mit Blick auf die Ein-Promille-Grenze keine Rolle gespielt zu haben. Angesichts der guten Vernetzung des Humanistischen Verbandes mit der Politik in Berlin und Brandenburg verwundert dies auch nicht. Kultursenator Klaus Lederer (Linke) ist ausweislich seiner Angaben zur Person zwar kein Mitglied des Humanistischen Verbandes, kann aber als langjähriger Sympathisant gelten. Schon immer wurden aktive Politiker in die Arbeit des Verbands eingebunden.<sup>5</sup> Der bereits erwähnte Geschäftsführer Isemeyer war ebenso SPD-Mitglied wie sein ursprünglich von der DKP gekommener Kollege Bruno Osuch. Sie suchten jedoch ebenso Verbündete im Lager der Grünen und später der PDS/Linken, wie auch bei der politisch in Berlin freilich weniger bedeutenden FDP. Die Liste der Politiker im Präsidium und anderen Gremien des Humanistischen Verbandes in den vergangenen Jahrzehnten ist lang; bemerkenswert ist vor allem die Präsenz der Bildungspolitik der Regierungsfraktionen der rot-roten Koalition unter dem Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD). Dies wurde im Jahr 2008 besonders deutlich, als der Konflikt um die Einführung des Ethikunterrichts und die Stellung des Religionsunterrichts einen Höhepunkt erreichte. Aktuell sind die brandenburgische Finanzstaatssekretärin Daniela Trochowski (Linke) und das frühere Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, Felicitas Tesch (SPD), Vizepräsidentinnen des Landesverbands. Nach dem Eintritt von Isemeyer in den Ruhestand 2014 kam der neue Vorstandsvorsitzende Martin Beck aus der Abgeordnetenhaus-Fraktion der Grünen. Ende 2016 schied er wieder aus – wegen „unterschiedlichen Vorstellungen zur weiteren strategischen Ausrichtung des Verbands“.<sup>6</sup>

Umgekehrt unterstützt der Humanistische Verband politische Projekte der Regierungskoalition in der Bildungspolitik oder das umstrittene Berliner „Neutralitätsgesetz“, das Mitarbeitern im Öffentlichen Dienst das Tragen jedweder religiöser Symbole verbietet. Mit Blick auf § 219a StGB, der Werbung für Schwangerschaftsabbrüche verbietet, forderte der HVD, dieser müsse „endlich weg!“. Ansonsten hält sich der Verband in aktuellen politischen Diskussionen etwa um die Integration von Flüchtlingen und dem Kampf gegen Rechtspopulismus und -extremismus bemerkenswert zurück. Als Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) eine gesellschaftspolitische Debatte über Religion und Staat ankündigte, forderte der Humanistische Verband Deutschlands, als „kompetenter Gesprächspartner“ daran beteiligt zu werden. Ebenso erhebt der Verband den Anspruch auf Mitgliedschaft im Rundfunkrat des Rundfunks Berlin-Brandenburg, die Schaffung humanistischer Forschungs- und Qualifikationsstrukturen an Hochschulen und die Würdigung seiner „Beiträge für das Stadtleben im Rahmen von staatlichen Projektförderungen“.<sup>7</sup>

Das weltanschauliche Profil des Humanistischen Verbandes Deutschland ist bei alledem nicht sehr ausgeprägt. 2005 gab der Verband aus Anlass des 100-jährigen Bestehens der Freidenker eine Allensbach-Umfrage in Auftrag. Sie bescheinigte dem Verband erwartungsgemäß ein „großes Potenzial“, da jeder zweite Deutsche dessen Lebensauffassung zumindest überwiegend zustimme.<sup>8</sup> Nur 7 Prozent der Befragten gaben dabei jedoch an, die Auffassung des Humanistischen Verbandes Deutschland entspreche „voll und ganz“ ihrer eigenen. Diese Auffassung wurde für die Umfrage durch drei Elemente gekennzeichnet: „ein eigenständiges, selbstbestimmtes Leben, das auf ethischen und moralischen Grundüberzeugungen beruht; ein Leben frei von Religion, ohne den Glauben an einen Gott; andere weltanschauliche und religiöse Lebensauffassungen zu achten, zu respektieren“. Wie auch immer die Umfrage im Detail zu bewerten ist, konnte man aus ihr jedenfalls den Schluss ziehen, dass eine dezidiert atheistische oder kirchenkämpferische Positionierung für den Verband eher kontraproduktiv wäre. Entsprechend vage definiert er in seiner Satzung „Ziele und Aufgaben“: „Im Humanistischen Verband haben sich (...) Menschen zusammengeschlossen, die einen modernen weltlichen Humanismus vertreten und leben. Der Verband betrachtet es als seine Aufgabe, ethische Orientierung zu geben

und zur Humanisierung der Gesellschaft beizutragen. (...) Er vertritt die Interessen religionsfreier Menschen gegenüber dem Staat und in der Gesellschaft.“<sup>9</sup>

Das Selbstverständnis des Humanistischen Verbandes in Berlin und Brandenburg oszilliert zwischen der hergebrachten Kirchenkritik nebst Eintreten für einen laizistischen Staat und dem Anspruch der eigenen Institutionen und Praktiken, die sich vielfältig an den entsprechenden kirchlichen Ritualen orientieren, auf Anerkennung und Gleichbehandlung mit den Kirchen.<sup>10</sup> Zum Verbandsleben gehören neben den „Jugendfeiern“ auch Hochzeits- und Trauerfeiern sowie unterschiedliche kulturelle Angebote. Insgesamt achtet der Humanistische Verband darauf, potenzielle Kunden seiner Dienste nicht durch radikales Auftreten zu verschrecken. Neuerdings hat er eine eigene „Stabsstelle Weltanschauung“ geschaffen, die der „humanistischen Profilierung“<sup>11</sup> dienen soll. Das ist offenbar auch mit Blick auf die zahlreichen Beschäftigten erforderlich, die den Verband nicht dezidiert wegen seiner weltanschaulichen Ausrichtung als Arbeitgeber wählen.

Eine solche Profilierung ist auch notwendig, um das singuläre Konglomerat aus Jugendverband, Weltanschauungsverband mit Körperschaftsstatus und Sozialkonzern, das der Humanistische Verband derzeit darstellt, auf Dauer zu stabilisieren – denn am Weltanschauungsverband hängt schließlich die ganze Konstruktion. Der angestrebte Staatsvertrag in Berlin sollte im Abgeordnetenhaus Anlass sein, diejenigen Nachfragen zu stellen, die der Senat bei der Anerkennung unterlassen hat. Dies gilt ebenso für den jetzt in Brandenburg vorliegenden Antrag auf Anerkennung als Körperschaft des öffentlichen Rechts. Zumindest sollte die Latte nicht niedriger gelegt werden als bei den Islamverbänden, bei denen die staatliche Seite genauer hinsieht, ob sie die Kriterien für den Körperschaftsstatus auch erfüllen. Dabei ist unumstritten, dass der Humanistische Verband Deutschland eine Weltanschauungsgemeinschaft ist und als solche auch entsprechende Rechte hat wie die großen und kleineren Religionsgemeinschaften. Eine Art „privilegierte Partnerschaft“, wie sie der in den vergangenen Amtsperioden nicht eben religionsfreundliche Berliner Senat mit dem Humanistischen Verband praktiziert hat, ist dabei gleichwohl begründungspflichtig.

- 1 Zonker, Norbert, Kirchenkritisch und kirchenähnlich. Dem Humanistischen Verband fehlt eine plausible Zielsetzung, in: Stimmen der Zeit (Juni 2018), 395-404.
- 2 <https://hvdbox.de/cloud/index.php/s/LjnlOIZERoB0x/download> (zuletzt abgerufen am 29.10.2018).
- 3 Frerk, Carsten, „Wir mussten fast bei Null beginnen“ – Ein Gespräch mit Manfred Isemeyer, <https://hpd.de/node/16545> (zuletzt abgerufen am 29.10.2018).
- 4 Das hat Folgen für die Umsetzung von Projekten. Wie der Humanistische Verband letztlich erfolglos versuchte, ohne Eigenmittel eine Einrichtung im brandenburgischen Vogelsdorf zu gründen, schildert der Beitrag aus der Märkischen Oderzeitung: <https://www.moz.de/landkreise/maerkisch-oderland/strausberg/artikel8/dg/0/1/1384685/> (zuletzt abgerufen am 29.10.2018).
- 5 Vgl. Zonker, Norbert, Erfolgreiche Lobbyarbeit. Der HVD dominiert die Debatte um den Werteunterricht in Berlin, KNA 14.3.2005, ders., Mit Rückendeckung. Wie der Humanistische Verband in Berlin Politik macht, KNA 23.9.2005.
- 6 <https://hpd.de/artikel/veraenderungen-im-vorstand-des-hvd-berlin-brandenburg-13898> – zuletzt abgerufen am 29.10.2018).
- 7 Vgl. dazu die Pressemitteilungen unter <https://humanistisch.de/x/presse>.
- 8 Vgl. Humanisten: Dank Staatsförderung auf Erfolgskurs, in: KNA-Informationendienst vom 30.03.2005.
- 9 <https://humanistisch.de/x/hvd-bb/inhalte/satzung-des-hvd-berlin-brandenburg-kdoer>.
- 10 Vgl. Hempelmann, Reinhard, Humanistischer Verband Berlin-Brandenburg soll in Berlin KdöR werden, in: Materialdienst 1/2018, [http://ezw-berlin.de/html/15\\_9674.php](http://ezw-berlin.de/html/15_9674.php).
- 11 Vgl. Geschäftsbericht 2017 (s.o. Anm. 2), 76.

## Literatur:

- H Hempelmann, Reinhard, Humanistischer Verband Berlin-Brandenburg soll in Berlin KdöR werden, in: Materialdienst 1/2018, [http://ezw-berlin.de/html/15\\_9674.php](http://ezw-berlin.de/html/15_9674.php).
- Z Zonker, Norbert, Kirchenkritisch und kirchenähnlich. Dem Humanistischen Verband fehlt eine plausible Zielsetzung, in: Stimmen der Zeit (Juni 2018), 395-404.

## In der Reihe „Monitor Religion und Politik“ sind 2018 erschienen

Religiöse Symbole im öffentlichen Raum

Das Kreuz – Eine Zusage und Hoffnungsperspektive

Das Fach „Leben und Gesellschaft“ an den öffentlichen Schulen in Luxemburg –  
(k)Eine Alternative zum Religionsunterricht?

Mission first? Zur Orientierungskraft christlicher Sozialethik

*Wenn Sie regelmäßig den Monitor Religion und Politik zugeschickt bekommen möchten,  
wenden Sie sich bitte an Dr. Karlies Abmeier ([karlies.abmeier@kas.de](mailto:karlies.abmeier@kas.de)).*

## Impressum

### Der Autor

Norbert Zonker ist Redakteur der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA) in Berlin.

### Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

#### Dr. Karlies Abmeier

Leiterin Team Religions-, Integrations- und Familienpolitik

Hauptabteilung Politik und Beratung

T: +49 30 / 26 996-3374

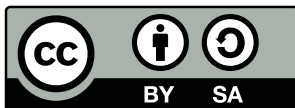
[karlies.abmeier@kas.de](mailto:karlies.abmeier@kas.de)

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, 10907 Berlin

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2018, Sankt Augustin/Berlin

Gestaltung: yellow too Pasiak Horntrich GbR

Satz: Janine Höhle, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)